

Diese Seite drucken

Nein zum Überwachungsstaat

"Target Killing" außerhalb der Rechtsordnung

SPD-Politiker verurteilen Schäubles Krisenspekulationen. SPD-Generalsekretär Heil: "Target Killing steht außerhalb der Verfassung" / Innenexperte Wiefelspütz: "Töten eines Menschen auf Verdacht nur im Verbrecher-Staat vorstellbar"

Die von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) angestoßene Diskussion um die gezielte Tötung von Terrorverdächtigen ist von führenden SPD-Politikern entschieden zurückgewiesen worden. SPD-Generalsekretär Hubertus Heil warf Schäuble vor, keine ernsthafte Debatte zu führen, sondern lediglich Profilbildung zu betreiben. Der Innenminister entwerfe Krisenspekulationen, um wenn es knallt sagen zu können, er habe recht gehabt. Sein Vorschlag für eine Grundgesetzänderung, die es dem Staat erlaubt, so genannte Gefährder auch nach einer Tat gezielt zu töten, stehe außerhalb der Rechtsordnung, sagte Heil am Montag auf einer Pressekonferenz in Berlin.

Töten auf Verdacht ist Verbrechen

Der SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz schrieb am Montag in einem Beitrag für die Internetseite abgeordnetenwatch.de: „Das Töten eines Menschen auf Verdacht ist ein schweres Verbrechen. Das ist nur in einem Verbrecher-Staat vorstellbar. Wir haben in Deutschland eine sehr entwickelte Sicherheitsarchitektur, die ein hohes Maß an Freiheit und Sicherheit gewährleistet. Ein absolute Sicherheit gibt es freilich nicht. Terrorismusbekämpfung findet im Rahmen des Rechtsstaates statt und nicht außerhalb des Rechtsstaates. Sicherheit darf keine Obsession werden, sondern kann nur mit Verstand und Augenmaß hergestellt werden.“

Nein zur Grundgesetzänderung

Als unvereinbar mit den freiheitlichen Grundsätzen unserer Rechtsordnung bezeichnete der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Struck, Schäubles Vorschlag, ein Handy- und Internetverbot für so genannte "Gefährder" einzuführen. Ein solches Handy-Verbot lasse sich "eigentlich nur in einem Überwachungsstaat durchsetzen", erklärte Struck im Interview mit der Frankfurter Rundschau (Montagausgabe). Ebenso erteilte Struck den Vorstößen der Union für einen breiten Einsatz der Bundeswehr im Innern eine klare Absage: "Wir werden Bemühungen für eine solche Grundgesetzänderung ein klares Nein entgegensetzen."

Quellen: Frankfurter Rundschau, abgeordnetenwatch.de

Vera Rosigkeit
erstellt am 09.07.2007